Deutscher Städtetag
Die Stimme der Städte

AUSGABE **7 | 2021**

STÄDTETAG AKTUELL

Inhalt

IM BLICKPUNKT

Städtetag fordert Impfstrategie für den Herbst

Debatte um Sondersteuer für Online-Handel

Katastrophenschutz anpassen

Städte fordern Kindergrundsicherung

AUS DEN STÄDTEN

Duisburg intensiviert China-Verbindungen

Testweise: Fahrverbot in der Innenstadt von Cottbus/Chóśebuz

Initiative München geht voran

FORUM

Konferenz zum Innenstadtwandel

Potenzial von Mieterstrom

FACHINFORMATIONEN

PERSONALIEN

„Wir müssen die Unentschlossenen überzeugen und Jüngere erreichen."

Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer
des Deutschen Städtetages

Foto: Laurence Chaperon

Städte unterstützen Impfkampagne – Städtetag fordert Impfstrategie für den Herbst

Der Deutsche Städtetag unterstützt den Appell von Bund und Ländern für eine höhere Impfquote. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, sagte nach dem Treffen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten am 10. August:

„Die Städte unterstützen den Appell von Bund und Ländern: Wir brauchen höhere Impfquoten. Wir müssen die Unentschlossenen überzeugen und Jüngere erreichen. Die Impfzentren und ihre mobilen Teams werden an vielen Orten in der Stadt weiter impfen: auf dem Marktplatz, vorm Baumarkt oder im Club. Unkompliziert und oft auch ohne Termin. Die Städte werden diese kreativen Angebote mit ganzer Kraft weiter anbieten und neue erfinden."

Die Impfkampagne müsse aber auch im Herbst und Winter weitergehen, wenn die meisten Impfzentren schließen. Dann seien viele Auffrischungsimpfungen fällig und Impfungen für Kinder ab zwölf Jahren weiter nötig.

Schon im Vorfeld des Treffens hatte der Deutsche Städtetag Bund und Länder zu einer Impfstrategie für den Herbst und Winter aufgefordert, um für die vierte Corona-Welle besser gewappnet zu sein.

„Wir haben eine ganze Reihe neuer Impfaufgaben vor der Brust: Auffrischungsimpfungen für Ältere und Pflegebedürftige, mehr Impfungen für Kinder ab zwölf Jahren und noch viel mehr direkte Impfangebote", sagte Dedy gegenüber der Deutschen Presse-Agentur am 8. August in Berlin. Er betonte, dass die Städte dringend klare Entscheidungen bräuchten: „Welche Rolle sollen sie in der Impfkampagne spielen über den September hinaus, wenn die meisten großen Impfzentren dicht machen sollen? Denn jetzt ist zu entscheiden, ob die Städte das zusätzliche Personal gehen lassen oder weiterbeschäftigen können."

Dedy verwies auf den hohen Bedarf an Impfungen gerade für mobile Teams. „Pflegeheime und Berufsschulen wollen schon Termine machen weit in den Herbst hinein. Und wer vor Online-Terminbuchungen zurückschreckt, den Aufwand scheut oder keinen Hausarzt hat, den können wir direkt erreichen. Ganz ohne Termin, mit Impfbussen an Einkaufszentren, in Studentenwohnheimen oder einem Stand auf dem Wochenmarkt." In vielen Städten gebe es seit Wochen solche kreativen Impfangebote, die auch gut angenommen werden. Außerdem hätten die Städte ein dichtes Netz von Beratungsstellen. Dorthin kämen oft Menschen, die bisher auch noch nicht geimpft worden seien.

Debatte um Sondersteuer – Online-Handel soll Infrastruktur mitfinanzieren

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, sieht den Vorschlag einer Sondersteuer für Online-Händler skeptisch. Gegenüber dem Handelsblatt sagte er am 2. August: „Eine Sondersteuer für Onlineprodukte wird die Innenstädte nicht retten."

Der Gedanke gehe in die richtige Richtung, das Problem liege allerdings tiefer. Die großen Onlinehändler verkauften weltweit, leisteten aber keinen angemessenen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur. „Unterm Strich gibt es dadurch einen unfairen Wettbewerbsvorteil – der stationäre Handel kann da nicht mithalten."

Dedy sprach sich dafür aus, das Thema grundsätzlicher anzugehen: „Die großen Onlineplattformen müssen angemessen besteuert werden und so auch ihren Beitrag zur Finanzierung der Städte leisten. Die G7-Staaten haben eine Mindestbesteuerung globaler Online-Händler auf den Weg gebracht. Das ist ein guter Schritt, die Vorgaben müssen nun so mit Leben gefüllt werden, dass das Geld auch bei den Städten ankommt.

Innenstädte sind das Gesicht einer Stadt. Wir wollen sie neu denken, die Nutzungen mischen – mit mehr Kultur, sozialen Einrichtungen, Freiräumen, Handwerk, aber auch Wohnen, Produzieren und mehr Grün mitten in der Stadt. Die Mischung macht's, denn Handel wird nicht überall durch Handel ersetzt werden können. Wir brauchen lebenswerte attraktive Innenstädte, wo sich die Menschen gerne aufhalten."

TITELFOTO

Die „Mathildenhöhe Darmstadt" ist UNESCO-Welterbe.

Auf der Mathildenhöhe – einem markanten Plateau oberhalb der Altstadt – verwirklichten Künstler zwischen 1899 und 1914 erstmalig eine ganzheitliche Vision des „modernen" qualitätvollen Lebens. Sie gestalteten das Ensemble einer „neuen Stadt". Dieses beeinflusste Generationen von Architektinnen und Landschaftsplanern. Am 27. Juli hat das Welterbekomitee der Kulturorganisation der Vereinten Nationen die Mathildenhöhe in den Kreis der UNESCO-Welterbestätten aufgenommen. Neben der Mathildenhöhe in Darmstadt hat die UNESCO mit Baden-Baden, Mainz, Speyer und Worms Kulturstätten aus 5 Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages zum Welterbe ernannt.

↗ www.staedtetag.de/neues-welterbe-2021

(Wasserbecken auf der Mathildenhöhe, Foto: Ulrich Mathias)

Obere Königsstraße in Kassel vor der Pandemie (Foto: Weber Fotografie Kassel)

Katastrophenschutz auf extremere Wetterlagen einstellen

Städtetagspräsident Burkhard Jung fordert, die Pläne für den Klimaschutz schneller voranzutreiben. Im Gespräch mit der Passauer Neuen Presse (PNP) beantwortete er Ende Juni zum Thema gestellte Fragen:

PNP: Haben die kommunalen Stellen Frühwarnungen bei der Überflutungskatastrophe unterschätzt? Sind Ihnen Schwachstellen aufgefallen, die rasch angegangen werden müssen?

Foto: Michael Bader

„... zum Katastrophenschutz gehört auch, die Menschen für die Risiken zu sensibilisieren."

Oberbürgermeister
Burkhard Jung
Präsident des Deutschen
Städtetages

Burkhard Jung: Wir erleben eine Katastrophe in einem Ausmaß, wie wir es uns nicht vorstellen konnten. Kleine Flüsse haben sich rasend schnell in reißende Ströme verwandelt. Das ist eine Extremlage. Nicht überall war vorab klar, wie viel Regen runterkommen wird. Der Ausfall des Mobilfunknetzes in einigen Regionen hat einen wichtigen Kommunikationskanal abgeschnitten, an den viele Menschen gewöhnt sind. Um vorab vor Gefahren zu warnen, sind Apps wie Nina vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wichtig und natürlich auch Hinweise über Radio, Fernsehen und Social Media-Kanäle. Was darüber hinaus nötig ist und welche Rolle dabei Sirenen spielen müssen wird jetzt zu klären sein. Der kommunale Bevölkerungsschutz wird stetig weiterentwickelt. Für die Zukunft versprechen zum Beispiel datenbasierte Werkzeuge eine präzisere Vorhersage von Starkwetterereignissen. Nach Abschluss der akuten Hochwasserhilfe müssen alle Fakten auf den Tisch, um Schlüsse aus der Katastrophe zu ziehen.

PNP: Sind die deutschen Strukturen ausreichend, um derartige Katastrophen bei einer Häufung einigermaßen zu bewältigen?

Burkhard Jung: Die Rettungsteams, die Feuerwehr, THW, die Bundeswehr und die Bevölkerung in den Katastrophengebieten haben tagelang alles dafür getan, Menschen zu retten und die Folgen des Hochwassers abzumildern. Dafür verdienen sie hohen Respekt. Die Organisation der Rettungsmaßnahmen durch die kommunalen Akteure und die Bundesländer im Krisenstab war sehr gut. Natürlich bereiten sich die Städte darauf vor, dass in Zukunft Extremwetterereignisse häufiger auftreten. Zur Anpassung an die Klimafolgen gehört auch, den Katastrophenschutz auf die höhere Intensität der Extremwetter einzustellen. Die bestehenden Strukturen müssen dafür gestärkt werden.

Hochwasser in Wuppertal (Foto: Stadt Wuppertal)

PNP: Werden die Städte und Kommunen ihre Bau- und Investitionspolitik ändern müssen, um Katastrophenrisiken zu mindern?

Burkhard Jung: Viele Städte haben bereits Maßnahmen ergriffen, um sich den Folgen von Starkregen, Hochwasser, aber auch Hitzewellen und Dürreperioden anzupassen. Sie wollen die Bevölkerung und die kommunale Infrastruktur vor Klimaveränderungen schützen. Zum Beispiel werden mehr Grünflächen ausgewiesen, Frischluftschneisen geplant und Rückhaltebecken für Hochwasser ausgebaut. Außerdem entwickeln die Städte Gefahrenkarten, die der Bevölkerung zeigen, wo bei Starkregen Überschwemmungen auftreten können. Denn zum Katastrophenschutz gehört auch, die Menschen für die Risiken zu sensibilisieren.

PNP: Wie stark lassen sich die Klimafolgen überhaupt noch eindämmen?

Burkhard Jung: Wenn wir den Schaden durch Extremwetter-Katastrophen begrenzen wollen, müssen wir aktive Klimaanpassung betreiben und gleichzeitig das Ziel der Klimaneutralität so schnell wie möglich erreichen. Der Bund muss beim Klimaschutz größere und schnellere Schritte beschließen. Wir müssen unsere Infrastrukturen, Bau- und Lebensformen an die Folgen des Klimawandels wie Starkregen und Hitze anpassen. Aber wir müssen den Klimaschutz auch so entschlossen vorantreiben, dass die Gefahr solcher verheerenden Katastrophen so gering wie möglich wird.

Mit freundlicher Genehmigung der Passauer Neuen Presse, www.pnp.de

Kinder beim Ausflug in den Britzer Garten in Berlin (Foto: Anja Vioh)

Kinderarmut vermeiden, Kindergrundsicherung einführen

Der Deutsche Städtetag fordert von der nächsten Bundesregierung viel mehr Engagement gegen Kinderarmut und eine neue Kindergrundsicherung. Es müsse gelingen, Kinderarmut zu vermeiden und gleiche Chancen für alle Kinder zu ermöglichen. Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, sagte dazu am 7. August dem Redaktionsnetzwerk Deutschland:

„Kinder und Jugendliche leiden unter den Einschränkungen der Pandemie besonders. Die Corona-Krise hat uns allen vor Augen geführt, wie sehr Bildungserfolge immer noch vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die Städte fordern den Bund auf, in der neuen Legislaturperiode eine verlässliche und wirksame Kindergrundsicherung zu schaffen. Sie soll Kinderarmut vermeiden und gleiche Chancen für alle Kinder ermöglichen.

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Das wissen eigentlich alle, trotzdem braucht es eine engagiertere Politik für junge Menschen. Tatsächlich lebt etwa jedes fünfte Kind in Familien mit Armutsrisiko und ist von sozialen Transferleistungen abhängig. Besonders Familien von Alleinerziehenden und Langzeitarbeitslosen sind betroffen. Für gleiche Chancen von allen Kindern und Jugendlichen reicht es eben nicht, das bloße Existenzminimum zu sichern. Für alle Kinder sollte es normal sein, mit Gleichaltrigen gemeinsam aufzuwachsen, sportlich aktiv zu sein, Theater spielen oder ein Musikinstrument erlernen zu können. Sie brauchen Anerkennung auf Augenhöhe und Unterstützung ohne bürokratische Hürden. Deshalb brauchen wir eine Kindergrundsicherung aus einer Hand.

Die Bundesleistung sollte unbürokratisch Kindergeld, Kinderzuschlag und Regelleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II und XII zusammenfassen. So könnten auch aufwändige Doppelstrukturen aufgelöst und die Verwaltungen entlastet werden.

Die Städte sorgen gleichzeitig für die soziale Infrastruktur, für Kita und Schule, Angebote der Jugendhilfe und sie unterstützen Sportvereine. Kinder können auf städtischen Spielplätzen toben, ins Schwimmbad gehen oder die Bibliotheken nutzen. In Krisensituationen erhalten Familien Hilfe und Unterstützung vor Ort. Durch die Pandemie ist der Bedarf deutlich gewachsen. Für Jugend- und Familienhilfe schultern die Kommunen mittlerweile 13 Milliarden Euro jährlich.“

Diese und weitere Forderungen der Städte an die neue Bundesregierung finden sich in der Broschüre „Städte für Menschen“ des Deutschen Städtetages:

↗ www.staedtetag.de/staedte-fuer-menschen

Foto: Landeshauptstadt München, München Cool City

Initiative München geht voran

Die Stadt München nutzt mit ihrer neuen Initiative „München geht voran“ die Zeit der Sommerferien, um für das Zufußgehen zu werben. Auf der Webseite www.coolcity.de präsentiert die Stadt umweltfreundliche, lehrreiche und kurzweilige Aktivitäten, die sich zu Fuß gut bewältigen lassen, darunter etwa einen Gang durch den Olympiapark mit Forscher Friz auf den Spuren des Klimawandels oder die Besteigung des Perlacher Mugl mit Blick bis zu den Alpen. „München geht voran“ ist Teil einer langfristig angelegten Klimaschutzkampagne München Cool City, die für die Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit sensibilisieren und motivieren möchte.

Duisburg intensiviert China-Verbindungen

Duisburg möchte seine Beziehungen zu China weiter ausbauen. Darum kümmern sollen sich der ehrenamtliche China-Beauftragte der Stadt Markus Teuber und Johannes Grünhage, Chef des neu eingerichteten Referates für Chinaangelegenheiten. Beide wurden Anfang August von Oberbürgermeister Sören Link der Öffentlichkeit vorgestellt. China hat für die Stadt Duisburg eine besondere Bedeutung. Als Knotenpunkt der Neuen Seidenstraße ist Duisburg wichtiger Logistikschwerpunkt, Start- und Zielpunkt der China-Zugverbindungen. Zudem gibt es in der Stadt sehr gut ausgebaute deutsch-chinesische Hochschulkooperationen.

Testweise: Fahrverbot in Innenstadt von Cottbus/Chóśebuz

Die Stadt Cottbus/Chóśebuz hat mit einem zeitweiligen Fahrverbot einen Teil ihrer historischen Innenstadt beruhigt. Die Sperrungen am Altmarkt sind ein Test, um ein Mobilitätskonzept für die Innenstadt zu entwickeln. Bis in den Herbst hinein wird u.a. geschaut, wie sich der Verkehr verlagert. Der Altmarkt mit Geschäften und viel Terrassen-Gastronomie soll langfristig noch attraktiver werden. Liefer- und Anliegerverkehr, ÖPNV und Taxifahrten sowie Rettungseinsätze sind auch aktuell weiterhin möglich.

Foto: Stadt Frankfurt am Main/Stefan Maurer

Konferenzort Frankfurt am Main – Der Römer und die Skyline

11. Konferenz zur Schönheit und Lebensfähigkeit der Stadt zum Wandel der Innenstädte

Von Matthias Frinken

Wie entwickeln sich unsere Innenstädte weiter? Diese Frage beschäftigt aktuell Architektinnen, Stadtplaner, Oberbürgermeisterinnen und Citymanager, Immobilienwirtschaft und Einzelhandel und viele mehr. Sie stand auch im Mittelpunkt der 11. Konferenz zur Schönheit und Lebensfähigkeit der Stadt, organisiert vom Deutschen Institut für Stadtbaukunst am 22. und 23. Juni 2021 in Frankfurt am Main. Mehr als 100 Teilnehmende hatten sich überwiegend digital versammelt, von vor Ort kamen Diskussionen und Moderationen hinzu.

Aus 23 kleineren und größeren deutschen Städten boten Baubürgermeisterinnen und Dezernenten spannende und überwiegend optimistisch Einblicke in Konzepte und individuelle Vorgehensweisen und eine enorme Vielfalt von Projekten. Was auch klar wurde: Wandel und Entwicklung sind besonders in den Innenstädten nichts Neues, sondern ein immerwährender Zustand!

Nicht erst seit der Corona-Pandemie sind dort Veränderungen bei der oft anzutreffenden Konzentration von Handelsflächen spürbar. Der rapide zunehmende Online-Handel, aber auch Standortkonkurrenz und Einkaufen im Umland haben längst zu Leerständen geführt – in großen Kaufhäusern wie beim kleineren Einzelhandel. Dabei wird in der Summe gar nicht weniger konsumiert – nur anders. Was also tun? Gerade in Innenstädten, die in der Nachkriegszeit autogerecht und funktionalistisch umgebaut und wo historische Häuserzeilen für einen einzigen Kaufhausblock zusammengelegt wurden, sind Antworten nicht einfach.

Etwa die Hälfte der vorgestellten Städte, darunter Regensburg, Tübingen, Göttingen, Halle, war davon aber verschont geblieben. Dort blieb eine historische Parzellierung erhalten und damit auch eine vergleichsweise hohe Vielfalt an Innenstadt-Nutzungen mit hohem Wohnanteil und Inhaber geführten Geschäften. Im Gegensatz zu den im Zweiten Weltkrieg stark zerstörten Städten wie Dortmund, Bochum, Kassel, Hannover u.a. stellten die Teilnehmenden im Konsens fest: Diese alten Städte haben etwas Einmaliges! Ihre öffentlichen und privaten Räume sind differenzierter, die Entscheidungen von Eigentümerinnen und Nutzern über Räume und Gestaltung sind abwechslungsreich und ablesbar. Diese Elemente der europäischen Stadt gewährleisten Resilienz, sie sind die

Foto: Stadt Frankfurt am Main

Identitäts- und Bezugspunkte der jeweiligen Stadtbewohnerinnen und -bewohner.

Aber auch in den modern wiederaufgebauten Innenstädten sind heute unterschiedlichste Quartiere anzutreffen. Neben den reinen Handels- oder Fußgängerzonen gab und gibt es immer mehr Wohninseln, so zum Beispiel in Dortmund. Ersten Leerständen ganzer Kaufhausblocks wird vielerorts bereits mit neuen Konzepten begegnet: Dazu zählen die Integration von Bildung und Kultur, etwa Schulen und Museen, Umbauten für mehr Mischnutzungen sowie Abriss und Neubau mit dann differenziertem Nutzungsmix und hohem gestalterischen Aufwand.

Handlungen/Maßnahmen

Aus eigentlich allen Städten wurde berichtet, dass es notwendig ist, parallel sowohl konzeptionell zu arbeiten als auch Projekte und Experimente zu ermöglichen. Fast überall sind Innenstadt-Entwicklungskonzepte oder Rahmenpläne in Arbeit oder schon abgeschlossen. Nahezu überall gibt es intensive Dialoge mit Stadtgesellschaft und lokalen Akteuren, Bürgerforen und Befragungen, Quartiersmanagement – also einen intensiven Austausch und gegenseitiges Lernen.

Eine besondere Bedeutung erhält die Gestaltung und Nutzbarkeit der öffentlichen Räume, vor allem auch der Grünverbindungen von den Rändern bis in die innere Stadt sowie von Platzfolgen. Die Innenstadt wird zu einem „Stadtteil der kurzen Wege", oft bestehend aus mehreren Quartieren, vergleichbar den Subzentren und angrenzenden Stadtquartieren. Gleichwohl werden sich dort auch in Zukunft zentrale tertiäre und kulturelle Nutzungen niederschlagen. Mancherorts wird von der Innenstadt als dem neuen Wohn- oder sogar Esszimmer im öffentlichen Raum gesprochen, so bspw. in Darmstadt.

Für 2022 ist in Düsseldorf die 12. Konferenz zur Schönheit und Lebensfähigkeit der Stadt geplant, dann hoffentlich wieder in Präsenz. Genügend Themen und Fragen für die bewährte wunderbare Dialog- und Streitkultur bleiben. Wie können Bauordnungen zielführend angepasst werden? Welche Maßgaben braucht es bei Fördermitteln, welche bei Bodenpreisen, damit kommunale Investitionen leichter werden? Wie lassen sich Zwischenlösungen und Zwischennutzungen einfacher verwirklichen? Welche neuen Gebäudetypen ermöglichen Dichte und Vielfalt? Klar ist: Der aktuelle Wandel der Innenstädte verlangt nach vielfältigen ökonomischen, klimaneutralen und nachhaltigen Lösungen, die am Gemeinwohl orientiert sind ganz im Sinne der neuen Leipzig-Charta 2020.

Matthias Frinken
Architekt und Stadtplaner
Beiratsmitglied im Deutschen Institut
für Stadtbaukunst

Mieterstrom bietet Potenzial für die Energiewende

Von Tim Bagner

Die Energiewende gehört in die Stadt. Ein wichtiger Baustein dafür ist die Solarenergie an und auf Gebäuden. Dies kann sowohl als Eigenversorgung mit Solaranlage praktiziert als auch über Mieterstrommodelle verwirklicht werden. Eine Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie von 2017 zeigt, dass es bei bis zu 3,8 Millionen Wohnungen ein sehr großes Erschließungspotenzial für Mieterstromprojekte gibt. Um dieses Potenzial zu heben und Mieterinnen und Mieter stärker am Ausbau der erneuerbaren Energien zu beteiligten, wurde im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2017 der Mieterstromzuschlag eingeführt. Er fördert den solaren Strom, der in einer Solaranlage auf dem Dach eines Wohngebäudes erzeugt wird. Die Ausbauzahlen zeigen aber: Trotz der Förderung blieben die Zubauzahlen von Mieterstromanlagen hinter den Erwartungen zurück. Der Gesetzgeber hat jetzt mit der EEG-Novelle 2021 nachgebessert.

Foto: Mainova AG/BSW

Foto: Grammer Solar / R. Ettl

Mieterstromprojekt in Frankfurt am Main. Mit einem professionellen Mieterstromkonzept können Mieter dezentral mit CO_2-freiem Strom aus einer Photovoltaik-Anlage versorgt werden. Dabei kommen unterschiedliche Akteure zusammen: Gebäudeeigentümer, Mieter und Stromversorger.

Der bisher geltende räumliche Zusammenhang zwischen Erzeugung und Verbrauch des Stroms wird aufgehoben. Künftig ist auch eine Versorgung innerhalb eines Quartieres möglich. Das hat der Deutsche Städtetag in den letzten Jahren immer wieder gefordert. Neu ist auch, dass Lieferkettenmodelle förderfähig sind. Das bedeutet, dass die Stromlieferung auch durch einen Dritten, wie ein Stadtwerk oder anderen Energieversorger gewährleistet werden kann. Der Deutsche Städtetag befürwortet dies ausdrücklich, untermauert es doch die erfolgreiche Kooperation zwischen Energie- und Wohnungswirtschaft. Dabei ist es aufgrund der spezifischen und komplexen Anforderungen der Energie- und Wohnungswirtschaft geboten, Kooperationen zwischen beiden Branchen weiter voranzubringen.

Nicht zuletzt wurde im neuen EEG auch die Förderung erhöht. Künftig wird der Mieterstromzuschlag in Abhängigkeit der installierten Leistung zwischen 3,79 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh) und 2,37 ct/kWh liegen. Zusätzlich dazu hat der Deutsche Bundestag noch im März 2021 zusätzliche steuerliche Erleichterungen für Mieterstrommodelle beschlossen. Mit einer Anpassung im Gewerbesteuerrecht können Wohnungsbaugesellschaften ihren Mieterinnen und Mietern künftig Mieterstrom anbieten, ohne ihre gewerbesteuerliche Privilegierung zu verlieren. Aus Sicht des Städtetages braucht es vor allem gute Kooperationen zwischen Wohnungsunternehmen und Energieversorgern, insbesondere den Stadtwerken, um innovative Versorgungskonzepte für erneuerbare Energien für die Verbraucher zu etablieren.

Tim Bagner,
Referent Deutscher Städtetag

Studie des BMWI, 2017

Mieterstrom – Rechtliche Einordnung, Organisationsformen, Potenziale und Wirtschaftlichkeit von Mieterstrommodellen

↗ www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/schlussbericht-mieterstrom.html

MIT KOMMUNALEN PARTNERSCHAFTEN DIE ZUKUNFT GESTALTEN

KOMMUNAL NACHHALTIG HANDELN
KOMMUNAL GLOBAL ENGAGIERT
GLOBAL VERANTWORTUNG TRAGEN

Packen Sie lokale Herausforderungen gemeinsam an

Klimawandel, Migration, Mobilität, Digitalisierung – Zukunftsfragen lösen Kommunen leichter in Zusammenarbeit mit ihren globalen Partnern. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Städte, Gemeinden und Landkreise beim Aufbau und der Gestaltung kommunaler Partnerschaften auf Augenhöhe.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-2670 · www.kommunal-global-engagiert.de

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

mit ihrer
SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Im Auftrag des
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Handreichung des Städtetages zu nachhaltigem und ressourcenschützendem Bauen

Investitionen in den Bau und Betrieb von Gebäuden, Plätzen und Infrastrukturen gehören zum Kerngeschäft der Städte. Beim Bau von Schulen und Kindergärten, Theatern, Bibliotheken, Sporthallen, Schwimmbädern, Straßen oder öffentlichen Räumen in den Stadtteilzentren und Innenstädten sind sie für Gestaltung, Instandhaltung und Betrieb über den gesamten Lebenszyklus verantwortlich. Gleichzeitig hat das Bauwesen insgesamt einen erheblichen Anteil am weltweiten CO_2-Ausstoß und kann nachhaltiges und suffizient handelndes Bauwesen maßgeblich zur Erreichung der Klimaziele beitragen. Die neue Handreichung des Städtetages stellt im ersten Teil die Grundlagen, Zusammenhänge und Entwicklungen der letzten Jahre dar. Im zweiten Teil werden Anforderungen und Empfehlungen formuliert, die eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema in den Kommunen ermöglichen sollen.

↗ www.staedtetag.de/handreichung-nachhaltiges-bauen

Positionspapier des Städtetages zur Zukunft der Innenstadt

Nicht erst seit der Corona-Pandemie zeichnet sich ein Wandel in den Innenstädten ab. Konsumangebote allein genügen nicht. Bedürfnisse und Erwartungen der Menschen haben sich geändert. Gefragt sind individuelle und gleichwohl multifunktionale Orte und Räume, die unterschiedliche Nutzungen ermöglichen – ein Mix aus Wohnen, Handel, Gastronomie, Kultur und Bildung. Für die erfolgreiche Mischung gibt es keine Patentlösungen. Das Positionspapier des Deutschen Städtetages versucht deshalb, Impulse für die individuelle Weiterentwicklung der Innenstädte zu geben. Zahlreiche Städte haben sich in die Ausarbeitung eingebracht.

↗ www.staedtetag.de/positionspapier-innenstadt

Neue Transferstelle unterstützt bei Smart City- und Digitalisierungsprojekten

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) hat ein Konsortium renommierter Institutionen mit dem Betrieb einer neuen Koordinierungs- und Transferstelle Smart Cities beauftragt. Beteiligt sind Institute des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), die Fraunhofer-Institute IAO und IESE, das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), die Kommunikationsagentur Creative Climate Cities, die Prognos AG sowie weitere Partner. Die Transferstelle soll die Kommunen bei der Entwickung und beim Austausch der „Modellprojekte Smart Cities (MPSC)“ und bei Digitalisierungsstrategien unterstützen.

Neu im Amt

Foto: Christian Frumolt

Aalen: Neuer Oberbürgermeister der Stadt Aalen wird **Frederick Brütting**. Der Sozialdemokrat tritt sein Amt im Oktober an und folgt auf Thilo Rentschler (SPD). Dieser hat das Amt seit 2013 inne und war nicht erneut zur Wahl angetreten.

Foto: Stadt Dessau-Roßlau

Dessau-Roßlau: Dr. Robert Reck (parteilos) wurde zum neuen Oberbürgermeister von Dessau-Roßlau gewählt und hat sein Amt im Juli angetreten. Reck folgt auf Peter Kuras (FDP), der seit 2014 an der Spitze der Stadt stand und nicht erneut zur Wahl antrat. Kuras engagierte sich seit 2014 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Esslingen: Der neue Oberbürgermeister der Stadt Esslingen **Matthias Klopfer** (SPD) wird sein Amt am 1. November antreten. Er folgt auf Dr. Jürgen Zieger (SPD), der nach mehr als 23 Jahren als Oberbürgermeister in den Ruhestand geht.

Foto: Sven Götz Photography, Stuttgart

Heidenheim an der Brenz: Neuer Oberbürgermeister von Heidenheim wird **Michael Salomo**. Der Sozialdemokrat hat sein Amt im August angetreten. Der bisherige Amtsinhaber Bernhard Ilg wechselt in den Ruhestand. Der Christdemokrat hatte das Amt seit 2000 inne und engagierte sich seit 2010 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Foto: Stadt Neumünster

Neumünster: Der neue Oberbürgermeister der Stadt Neumünster **Tobias Bergmann** (SPD) tritt sein Amt am 1. September an. Er folgt auf Dr. Olaf Tauras (CDU), der seit 2009 im Amt ist. Dr. Tauras engagiert sich seit 2011 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Foto: Stadt Plauen/Andreas Wetzel

Plauen: Steffen Zenner wurde zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Plauen gewählt. Der Christdemokrat tritt sein Amt am 1. September an. Er folgt auf Ralf Oberdorfer (FDP), der seit 21 Jahren die Geschicke der Stadt Plauen leitet. Oberdorfer engagiert sich seit 2006 im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Geburtstage

Foto: Stadt Bamberg/Matthias Hoch

Andreas Starke, Oberbürgermeister der Stadt Bamberg, feiert am 17. September seinen 65. Geburtstag. Der Sozialdemokrat leitet seit 2006 die Geschicke der Stadt und engagierte sich von 2014 bis 2020 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Weil's um mehr als Geld geht.

Seit unserer Gründung prägt ein Prinzip unser Handeln: Wir machen uns stark für das, was wirklich zählt. Für eine Gesellschaft mit Chancen für alle. Für eine ressourcenschonende Zukunft. Für die Regionen, in denen wir zu Hause sind.
Mehr auf sparkasse.de/mehralsgeld

Sparkasse

Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de

Deutscher Städtetag

ISSN: 2193-5491
Berlin/Köln, Juli 2021